

FELIX ACKERMANN

## KRIEG UND IDENTITÄT

### ETHNIZITÄT ALS STAATLICHE ORDNUNGS- UND ALLTÄGLICHE WAHRNEHMUNGSKATEGORIE IN GRODNO VON 1939 BIS 1949

Der Alltag während des Zweiten Weltkriegs wurde im Nordosten der Polnischen Republik durch die direkte Aufeinanderfolge von zwei Besatzungsregimen geprägt. Diese setzten jeweils ideologisch motivierte Gewalt frei, die in Form von Zwangsarbeit, Deportation und Völkermord die Bewohner zwangen, alltägliche Überlebensstrategien zu entwickeln.<sup>1</sup> Anhand von Grodno wird untersucht, wie im Zuge dieser gewalttätigen Prozesse Ethnizität als Ordnungskategorie der Besatzer sowie als gegenseitige Wahrnehmungskategorie der lokalen Bevölkerung wirkungsmächtig wurde. Dazu wird nachvollzogen, wie die jeweils unterschiedliche Kategorisierung von ethnischen Merkmalen durch die sowjetischen und deutschen Besatzer zur Grundlage der Erfassung der Bevölkerung wurde und welchen Einfluss sie auf die Dynamik der Repressionen nahm. Zum anderen wird überprüft, warum sich die Einwohner Grodnos selbst ab 1939 zunehmend in nationalen Kategorien wahrnahmen, sodass die Interaktion zwischen Besatzern und Besetzten im Nachgang als Beziehung zu einzelnen, voneinander strikt getrennten ethnischen bzw. nationalen Gruppen beschrieben wird. Um dieser nachträglichen Nationalisierung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs entgegenzuwirken, werden im Text staatliche Strategien zum Erfassen und Einschreiben ethnischer Identitäten nachvollzogen und damit die Entstehung der Ordnungskategorien selbst historisiert.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> In diesem Sinne handelt es sich um einen prototypischen Ort jener mitteleuropäischen „Bloodlands“, an denen Timothy Snyder die Analogien von Nationalsozialismus und Stalinismus herausarbeitete. TIMOTHY SNYDER, *Bloodlands. Europe Between Hitler and Stalin*, New York 2010.

<sup>2</sup> Die analytischen Vorüberlegungen werden genauer ausgeführt in: FELIX ACKERMANN, *Palimpsest Grodno. Nationalisierung, Nivellierung und Sowjetisierung einer mitteleuropäischen Stadt 1919–1991*, Wiesbaden 2010.

Grodno war 1939 eine 50.000 Einwohner zählende Verwaltungs-, Handels- und Handwerkerstadt im Nordosten der Polnischen Republik. Seit 1919 versuchte die Verwaltung, Grodno zu einem integralen Teil Polens zu machen, was aus ihrer Sicht durch die Präsenz von etwa 50 % jüdischer Bevölkerung sowie über 10 % christlich-orthodoxer Einwohner erschwert wurde. Ein polnisch-jüdischer Konflikt verschärfte sich jedoch erst im Laufe der 1930er Jahre. 1935 kam es zu einem lokalen Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung. Spezifisch für diesen Teil Polens ist die inhärente Schwäche einer dritten ethnisch definierten Gruppe. Nach administrativen Eingriffen waren in den späten 1920er Jahren die auch zuvor nur schwachen Repräsentationen weißrussischer Ethnizität aus der Öffentlichkeit fast gänzlich verschwunden.

Die Ende der 1930er Jahre erfolgte Radikalisierung der von Militär, Klerus und Verwaltung dominierten polnischen Stadtöffentlichkeit im Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus“ mündete nicht in eine Dreieckskonstellation, in der Juden das Ziel von Angriffen zweier klar umrissener Seiten wurden. Stattdessen kam es in den späten 1930er Jahren zu einem staatlichen Versuch der forcierten Assimilierung christlich-orthodoxer Bürger der Stadt, die zu orthodoxen Polen werden sollten. In diesem Zusammenhang wurde noch 1938 ein christliches Gotteshaus im Zentrum der Stadt symbolisch abgerissen. Dennoch war Grodno zu diesem Zeitpunkt noch nicht in gänzlich segregierte Teile zerfallen. Noch gab es geteilte städtische Räume und ein hohes Maß an alltäglicher sozialer Interaktion.

### Die sowjetische Besatzung September 1939 bis Juni 1941

Am frühen Morgen des 1. September rissen Detonationen die Bewohner Grodnos unerwartet aus dem Schlaf.<sup>3</sup> Gerade erst war der deutsche Angriff im Westen und Norden Polens über den Äther bekanntgegeben worden, und schon warfen in Ostpreußen gestartete Flugzeuge der Luftwaffe Bomben über dem Stadtzentrum ab, um den Vorstoß der Wehrmacht in Richtung Suwałki und Białystok vorzubereiten.<sup>4</sup> Nachdem die Feuer gelöscht und die ersten Flüchtlinge aus dem Westen provisorisch untergebracht waren, löste die Nachricht vom Übertreten der polnischen Ostgrenze durch sowjetische Truppen am 17. September 1939 panische Reaktionen unter weiten Teilen der katholischen Bevölkerung aus. Weite Teile der Polnischen Armee waren bereits zuvor nach Westen verlegt worden, um den

<sup>3</sup> Gespräch mit Aleksandr Rymarčuk, geführt auf Russisch am 4.4.2006 in Grodno.

<sup>4</sup> SARA BENDER, *The Jews of Białystok During World War II and the Holocaust*, Waltham 1998, S. 49 f.

dort erwarteten Angriff abzuwehren. Die staatlichen Notrationen und Bankreserven wurden zunächst allein unter Beamten des polnischen Staates verteilt, die ihre Pensionen für drei Monate im Voraus erhielten. Es kam zu Plünderungen, die Versorgung mit Lebensmitteln brach zusammen und Zivilisten wurden ohne politische Hintergründe Opfer krimineller Gewalt.<sup>5</sup> Eine Verteidigung Grodnos war von der Führung der Polnischen Armee nicht vorgesehen.<sup>6</sup> Dennoch verteidigten verbliebene Polizeieinheiten, Reservisten, Pfadfinder und andere Zivilisten die Stadt mehrere Tage lang, bis sie am 22. September endgültig in sowjetischer Hand war.

#### Sicherheitsmaßnahme im Grenzgebiet: Personenerfassung durch den NKVD

Während der Zweite Weltkrieg für das interethnische und -religiöse Beziehungsgeflecht eine zerstörerische Wirkung entfaltete, brachte die Einbindung Westweißrusslands in die Strukturen sowjetischer Innenpolitik eine besondere administrative Dimension mit sich.<sup>7</sup> Bereits am 20. Dezember 1939 wurde beschlossen, in den neuen Westgebieten der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik (BSSR) eine vollständige Registrierung der Bevölkerung durchzuführen, die allgemein als *pasportizacija* (russ. für Passausgabe, weißr. *pašpartyacyja*) galt, weil damit die Ausgabe von Personalausweisen einherging, die in der Sowjetunion im Unterschied zu international gültigen Reisedokumenten „Innere Pässe“ hießen. Es handelte sich um eine Zwangsmaßnahme. Alle Einwohner von Städten und die Dorfbevölkerung innerhalb eines Sicherheitskordons entlang der Grenze waren verpflichtet, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Andernfalls drohte ihnen ab dem Frühjahr 1940 die Deportation in den Osten bzw. nach Kasachstan oder wie im Falle von jüdischen Flüchtlingen die Ausweisung in den deutsch besetzten Teil der Polnischen Republik.<sup>8</sup>

Bereits im Dezember 1939 hatte eine gemeinsame deutsch-sowjetische Kommission in Białystok eine Vereinbarung getroffen, nach der deutsche Staatsbürger und ethnische Deutsche mit ihren Familienangehörigen aus

---

<sup>5</sup> Gespräch mit Margarita Duchowicz, geführt auf Russisch am 29.3.2006 in Grodno.

<sup>6</sup> ZDZISŁAW GWOZDEK, Białostocki okręg ZWZ-AK, Białystok 1993, S. 7 f.

<sup>7</sup> FELIX ACKERMANN, *Identyčnasc' pa pašparce: uvjadenne aficyjnych pasvedčannjaŭ asoby*, in: *Belarus' i Hermanija: historyja i sučasnasc'*. Materyjaly Mižnarodnaj navukowaj kanferencyi, Minsk, 25 krasavika 2008, hg. v. SIARHEJ JA. NOVIKAŬ u. a., Minsk 2009, S. 3-7.

<sup>8</sup> ANATOL VJALIKI, *Na razdarožžy. Belarusy i Paljaki ŭ čas perasjalennja (1944–1946)*, Minsk 2005, S. 44 f.

dem Gebiet Białystok „evakuiert“ werden. Im gesamten Gebiet wurden bis zum Januar 1940 5.335 Personen erfasst. Signifikant an diesem Vorgang ist, dass die Verifizierung von Ethnizität von deutschen und sowjetischen Besatzern zur selben Zeit begonnen wurde. Die Anträge auf „Evakuierung“ nach Deutschland rissen nicht ab, so dass die Kommission noch bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion Anträge begutachtete.<sup>9</sup> Betroffene mussten zu einem vorgegebenen Termin mit einer Geburtsurkunde, im Fall von Männern mit den Wehrunterlagen, zwei Fotos, einer Bescheinigung des Arbeitgebers und einer amtlichen Meldebestätigung vorstellig werden. Die Liste der geforderten Dokumente bezeugt, wie umfassend die damit einhergehende Kontrolle seitens der staatlichen Organe geplant war.

Zwei fast vollständig verstaatlichte Bereiche der Gesellschaft – Arbeit und Wohnen – wurden zur Voraussetzung gemacht, um einen Personalausweis zu erhalten. Wer seine Dokumente nicht vollständig vorlegen konnte, dem drohten die oben genannten Konsequenzen. Daher bemühten sich die meisten Einwohner um das sowjetische Dokument, deren Ausgabe in Grodno im Januar 1940 begann und sich aufgrund der schieren Fülle von Vorgängen bis zum Juni 1940 hinzog.<sup>10</sup> Bereits Ende des Jahres wurden neue Regelungen erlassen, die das Passregime weiter verschärften. In den Gebieten, die der *pasportizacija* unterlagen, war es unter Androhung entsprechender Strafen verboten, sich ohne Personalausweis aufzuhalten. Weiterhin erhöhte sich im Zuge der städtischen Meldepflicht der Druck der Wehrersatzämter, weshalb sich besonders Angehörige der jüngeren einberufenen Jahrgänge in den umliegenden Dörfern vor dem Einsatz in der Roten Armee versteckten.<sup>11</sup>

Genau in dieser Situation administrativer Zwangserfassung wurde auch die sowjetische Kategorie *nacional'nost'* (russ.: Nationalität) festgelegt. Zumeist erfolgte sie auf Basis der Geburtsurkunden, denn die 1940 zur Erfassung gezwungenen Bürger hatten meist noch die Geburtsbestätigungen aus Kirchen oder Synagogen.<sup>12</sup> So wurde die Religion zur Grundlage nationaler Zuschreibungen. Grundsätzlich galt, dass Orthodoxe als Weißrussen, Katholiken als Polen und Juden als Juden zu erfassen waren – al-

---

<sup>9</sup> ALBIN GŁOWACKI, *Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczypospolitej 1939–1941*, Łódź 1998, S. 79 f.

<sup>10</sup> Staatsarchiv der Gesellschaftlichen Organisationen im Gebiet Grodno, Grodno (GAOOGO) 6195/1/233, Bl. 54 f.

<sup>11</sup> Eine weitere Gruppe, für die die flächendeckende Einführung von Personaldokumenten zum Problem wurde, waren die Flüchtlinge. Sie mussten die sowjetische Staatsbürgerschaft annehmen, um einer Abschiebung in den deutsch besetzten Teil Polens zu entgehen. Siehe: WOJCIECH ŚLESZYŃSKI, *Okupacja sowiecka na Białostocczyźnie 1939–1941. Propaganda i indoktrynacja*, Białystok 2001, S. 175.

<sup>12</sup> Ebd., S. 142–144 und S. 157–159.

lerdings traten just bei der Kategorie der Weißrussen die größten Schwierigkeiten einer eindeutigen Zuordnung auf. Einerseits gab es, wie für das Grodno der Zwischenkriegszeit geschildert, eine Reihe von orthodoxen Christen, die sich selbst eher als Russen verstanden. Andererseits ging die sowjetische Führung von einer großen Gruppe polonisierter Weißrussen aus, die als „Katholiken-Weißrussen“ geführt wurden.<sup>13</sup> Damit sollte aus der nationalen Kategorie der Polen ein Kontingent herausgelöst und die Zahl von Angehörigen der weißrussischen Nationalität erhöht werden.<sup>14</sup>

Dieser Widerspruch zeigt die komplexe Situation mehrschichtiger Identitäten auf, die zu diesem Zeitpunkt längst nicht vollständig entlang nationaler Deutungsmuster ausgerichtet waren. Natürlich sorgten auch die sowjetische Erfassung von Nationalität und der Eintrag in den Personalausweis nicht für eine eindeutige Ausrichtung bzw. subjektive Selbstorientierung an der formal festgestellten Identität. Aber sie schuf eine Situation, in der von staatlicher Seite mithilfe einer klar geregelten Logik ethnische Bezüge wie Religionszugehörigkeit in moderne staatliche Termini übertragen wurden. Zentral war, dass man nur eine Nationalität führte und diese durch die einmalige Festlegung im Umgang mit sowjetischen Behörden Gültigkeit hatte. Beide Grundsätze waren zwar Ergebnisse der Herausbildung des modernen Nationalstaats und der damit einhergehenden Homogenisierungsprozesse. Aber wie anderswo widersprachen sie auch im litauisch-polnisch-weißrussischen Grenzgebiet der Selbstwahrnehmung vieler Bewohner und verstärkten durch eine eindeutige Zuschreibung die Grundlage für eine fortschreitende Homogenisierung. Ausgangspunkt für die Kriterien der Eindeutigkeit und Dauerhaftigkeit von Nationalität war in der Sowjetunion die Vorstellung, dass diese angeboren bzw. vererbt werde.

Es handelte sich also um eine Verknüpfung von ethnischen Kriterien wie Sprache und Kultur mit einer imaginären Volksgemeinschaft, die sich über das Nachzeichen von Blutsverwandtschaften konstituiert. Das erklärt, warum prinzipiell nur die „Nationalität“ der Eltern für den Eintrag in den Personalausweis in Frage kam, wodurch eine Wahlmöglichkeit für Kinder aus gemischten Ehen bestand. Religion hingegen wurde vorübergehend und in Widerspruch zur sowjetischen Religionsfeindlichkeit zum Hauptmerkmal von Ethnizität, da andere Kriterien, wie zum Beispiel Sprache, weniger eindeutig geschweige denn dokumentarisch nachweisbar waren.<sup>15</sup>

Die Wirkung des sowjetischen Meldesystems sollte sich nicht unmittelbar zeigen, zumal die meisten Dörfer der Region von ihr absichtlich ausge-

---

<sup>13</sup> JAN SZUMSKI, *Sowietyzacja Zachodniej Białorusi 1944–1953. Propaganda i edukacja w służbie ideologii*, Kraków 2010, S. 319.

<sup>14</sup> VJALIKI, *Na razdarožžy*, S. 68–70.

<sup>15</sup> Staatsarchiv Białystok (APB) 47 / 121, Bl. 106.

schlossen waren, was die Bauern, die ohne Personaldokument blieben, de facto an ihren Ort und später an die Kolchose kettete. Dennoch wurde in Grodno im Zuge dieses Prozesses eine moderne Vorstellung weißrussischer Ethnizität als Beleg der Existenz einer ethnisch definierten Titularnation erstmals all denjenigen in die Personaldokumente eingeschrieben, die nicht nachgewiesen hatten, dass sie Polen, Juden oder Russen waren. Dieser administrative Vorgang diente zunächst vor allem der Übersetzung von kulturellen in politische Termini. Die Überführung verknüpfte zwei Grundannahmen: Voraussetzung für die stalinistische Inszenierung der kulturellen Entfaltung des weißrussischen Volkes war die Annahme von der Existenz eines weißrussischen Volkes und eine Definition, was dieses in kultureller Hinsicht ausmacht. Da mit der Religion eine wichtige Komponente weißrussischer Ethnizität im Zuge des Kampfes gegen den Glauben ausgeblendet wurde, rückten andere kulturelle Bestandteile stärker in den Blick, allen voran die Sprache und die mit dem Leben auf dem Dorf verbundenen Traditionen. Die Vertreter städtischer weißrussischer Kultur waren aufgrund der geringen Resonanz der Nationalbewegung und der Verfolgungen von sowjetischer und polnischer Seite 1939 äußerst geschwächt. Nach der anhaltenden Welle stalinistischer Säuberungen bot die sowjetische Gesellschaft nur eng umgrenzten Raum für die Entfaltung alternativer weißrussischer Kulturen. Deshalb wurde bereits 1939 die Verknüpfung von ethnisch definierter Weißrussizität mit dem politischen Konzept von Nationalität und dem Anspruch der Kommunistischen Partei auf Alleinherrschaft in den Westen der BSSR übertragen.

Diesen Vorgang allerdings als Nationalisierung zu beschreiben, verbietet sich aus verschiedenen Gründen. Es wurde bereits gezeigt, dass die Einführung einer weißrussisch definierten Staatlichkeit innerhalb der Sowjetunion keine konsequente Präferenz für die Förderung lokaler weißrussischer Kader oder Kultur bedeutete. Die hohen Parteifunktionäre, die den Akten nach weißrussischer Nationalität waren, traten vor allem als Kommunisten auf, und die weißrussische Bevölkerung galt es vor allem in sozialer Hinsicht vom „polnischen Joch“ zu befreien.<sup>16</sup> Zudem bewirkte das Festlegen der Kategorie Nationalität im sowjetischen Pass weder einen vollständigen Bruch mit bisher lokalen und vielschichtigen Identitäten noch eine sofortige Ausrichtung dieser entlang einer klar gezogenen Linie. Damit handelte es sich eher um die Nationalisierung bestimmter Kategorien als um die sofortige Veränderung von Identitäten. Als Beleg dieser These kann die institutionelle Ausrichtung der Schullandschaft dienen. Obwohl es sich bei russischen, polnischen und weißrussischen Schulen in erster Linie um die Präferenz der Unterrichtssprache handelte und die Lehrpläne der

---

<sup>16</sup> VJALIKI, *Na razdarožy*, S. 225-232.

wichtigsten Fächer gleich waren, wurden sie anhand der Sprachen als nationale Schulen betrachtet.<sup>17</sup> Aus der Unterrichtssprache wurde dabei selbst ein Merkmal von Nationalität, da sie implizit mit die Annahme verknüpft war, die entsprechende Einrichtung werde vor allem von Angehörigen einer bestimmten Nationalität besucht, die die jeweilige Sprache sprechen.

Der Fokus auf Grodno zeigt außerdem den Unterschied zwischen Dorf und Stadt auf. Während in urbanen Zusammenhängen eine Weißrussifizierung schon allein aufgrund der demographischen Gegebenheiten einen Widerspruch zum Alltag der meisten Bewohner darstellen musste, waren die Dörfer der Region bereits vor der ersten sowjetischen Übernahme von Attributen weißrussischer Ethnizität geprägt, insbesondere der Sprache und der traditionellen dörflichen Lebensweise. Je nach Dorf lebte hier eine Mehrheit oder zumindest eine größere Gruppe von Bauern, die sich potenziell als Weißrussen identifizieren konnten. Es handelte sich um diejenigen Orthodoxen und Katholiken, die bei der ausstehenden Erfassung durch das Meldesystem einen Eintrag „Weißrusse“ in den Personalausweis erhalten konnten. Diese wurden in den Dörfern jedoch aus Kalkül nicht durchgeführt. Die Zerstörung dörflicher Strukturen und ihrer religiösen Institutionen hatte in dieser Region gerade erst begonnen.

So waren die Identitäten ihrer Bewohner weiterhin im Fluss. Dafür sprechen etwa die Gesuche der Bewohner von Dörfern in der Umgebung Grodnos: Bauern aus sechs Ortschaften, die durch den Sachbearbeiter pauschal als weißrussisch eingestuft wurden, baten darum, dass ihre Kinder auf Polnisch unterrichtet werden.<sup>18</sup> Der Bewohner eines anderen Dorfes wurde in Bezug auf die sowjetischen Herrscher noch deutlicher: „Die Polen haben 20 Jahre lang versucht, uns zu Polen zu erziehen, was ihnen kaum gelungen ist. Aber ihr habt uns innerhalb weniger Wochen zu Polen gemacht.“<sup>19</sup> Diese Aussage unterstreicht die Situativität und aktive Stiftung von Identität im Zuge wechselnder Herrschaft. Die Strategie der Besatzer wird dabei in ein aktives, wechselseitiges Verhältnis zur Reaktion der Besetzten gestellt. Der direkte Vergleich von Herrschaftsformen wird in diesem Zitat offen zugunsten der polnischen entschieden. Die sowjetischen

---

<sup>17</sup> JAN SZUMSKI, *Polityka oświatowa władz sowieckich wobec ludności polskiej Grodzieńszczyzny w okresie powojennym. Wybrane zagadnienia*, in: *Problemy nacional'nogo soznaniia pol'skogo naseleniia na Belarusi: Materialy II Meždunarodnoj Naučnoj Konferencii*, Hrodna 2004, S. 285.

<sup>18</sup> JANKA TRACJAK, *Rėlihijnaja i nacyjanal'naja palityka KP (b) B ũ Zachodnjaj Belarusi ũ 1939–1941 hh.*, in: *Białoruskie Zeszyty Historyczne* 13 (2000), S. 176 f.

<sup>19</sup> ALEXANDER BRAKEL, *Unter Rotem Stern und Hakenkreuz: Baranowicze 1939 bis 1944. Das westliche Weißrussland unter sowjetischer und deutscher Besatzung*, Paderborn u. a. 2009, S. 92.

Bedingungen seien so repressiv, dass man sich die „polnische Zeit“ wieder herbeiwünsche. Die Behauptung, man sei innerhalb kürzester Zeit zu Polen geworden, ist dabei ironisch zu verstehen: Wenn notwendig, könne man sich auch darauf einstellen, Polen zu werden. Ähnliche Fälle wurden vom Parteiaktiv des Kreises mit hoher Priorität bearbeitet, weil man die polnischen Bekenntnisse von vermeintlichen Weißrussen für gefährlich hielt. Sie schienen die Loyalität der Bürger zur Sowjetmacht zu untergraben, aber auch etwas zu bestätigen, was nach Ansicht der Genossen nicht sein durfte: Die Bauern änderten ihre nationale Orientierung.

### Titularnation ohne Rückhalt: Das Scheitern einer sowjetischen Weißrussifizierung

Vollständig verändert hatte sich die Situation der weißrussischen Bevölkerung, da sie nun offiziell als Titularnation im Mittelpunkt sowjetischer Propaganda stand.<sup>20</sup> Durch die sowjetische Übernahme hatte sich eine zentrale Veränderung ergeben, die unter deutscher Herrschaft Bedeutung erlangen sollte. Weniger Aufsehen erregend, aber noch gravierender war das Auftreten von weißrussischen Kommunisten als Teil der neuen Elite der Stadt. So hatten auch zuvor in Grodno orthodoxe Christen gelebt, die sich als Weißrussen definierten, aber nie zuvor hatten sie einen erheblichen Teil der Verwaltung gestellt. Bei den jetzigen Kadern handelte es sich aber um als Weißrussen geführte Kommunisten, zumeist Partei- oder Komso-molmitglieder, die sich bereits im Inneren der Sowjetunion verdient gemacht hatten oder dort ausgebildet wurden. Dabei handelten sie wahrscheinlich nicht in erster Linie als Weißrussen, sondern vor allem als sowjetische Kader.<sup>21</sup>

Während die ökonomischen Veränderungen und die Einschränkungen der Religionsfreiheit den Großteil der Bevölkerung trafen, proklamierte die sowjetische Politik eine weitere grundlegende Veränderung. Offiziell diente die Annexion der Nordwestgebiete der Polnischen Republik dem Schutz des weißrussischen Volkes – wobei vor allem die Rechte der Mittellosen, Werktätigen und Bauern gemeint waren.<sup>22</sup> Doch der aufwändig inszenierte

---

<sup>20</sup> Zum größeren Zusammenhang der Stärkung ethnisch definierter Strukturen: YURI SLEZKINE, *The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism*, *Slavic Review* 53 (1994), S. 414-452, hier S. 444.

<sup>21</sup> Zur sowjetischen Genese von *Belarusizacyja* im Gegensatz zur *Korenizacija* siehe: RAINER LINDNER, *Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrußland im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1999, S. 156-180.

<sup>22</sup> GAOOGO 9/33/3, Bl. 1-3.

Befreiungsschlag und die staatlich geförderte Präsenz der weißrussischen Sprache erhöhte ihr Prestige nicht. Über die Symbolik sowjetischer Staatlichkeit der BSSR hinaus wurde in den besetzten Gebieten vor allem Sprache als Attribut weißrussischer Ethnizität sanktioniert. So war vorgesehen, an allen Schulen die Fächer Weißrussische Sprache und Weißrussische Literatur auf Weißrussisch zu unterrichten, was offiziell der Förderung diene und die hochmütige Haltung gegenüber dem Weißrussischen seitens weiter Teile der Bevölkerung brechen sollte, in der Umsetzung aber zu einer Reihe von Problemen führte, die das Anliegen in sein Gegenteil verkehrten.<sup>23</sup>

Die damit einhergehende sprachliche Erfahrung, die besonders die jüngere Generation betraf, hatte zwei Seiten. Einerseits ergab sich für die Schüler der Kontrast, die vermeintliche Sprache des Dorfes nun auch in den städtischen Schulen zu hören, andererseits waren die verbliebenen Lehrer selbst in den seltensten Fällen den neuen Anforderungen an ihr Sprachprofil gewachsen.<sup>24</sup> Deshalb häuften sich schon bald die Beschwerden über nachlässig oder gar nicht Weißrussisch sprechende Lehrer.<sup>25</sup> Die lokalen Kräfte kannten zwar den weißrussischen Dialekt der Umgebung, sprachen selbst aber vornehmlich Polnisch und seltener Russisch. Zu den Gründen für diese Situation gehörten der Misserfolg der weißrussischen Nationalbewegung und die im Geheimrapport des Woiwoden beschriebene Bildungspolitik, welche die Unterdrückung jeder Form der Institutionalisierung weißrussischer Kultur vorsah. Zentral war auch der geringe Verbreitungsgrad der weißrussischen Literatursprache.<sup>26</sup> Die meisten Schüler hatten entsprechend Schwierigkeiten mit der neuen Sprache,<sup>27</sup> weshalb sie auch vorübergehend in ihrer Muttersprache unterrichtet werden sollten –

---

<sup>23</sup> GŁOWACKI, Sowieci, S. 420 f.

<sup>24</sup> Roman Szporluk betont die Nachwirkung der polnischen Schulpolitik, die den Unterricht von Weißrussisch ab den späten 1920er Jahren nicht zuließ, und weist darauf hin, dass Weißrussisch und Russisch als Schriftsprachen die Region gleichzeitig erreichen, da Weißrussisch zuvor *de facto* insbesondere auf den Dörfern des westlichen Weißrusslands als Schriftsprache keine Verbreitung gefunden hatte. ROMAN SZPORLUK, *The Press in Belorussia, 1955–65*, in: *Soviet Studies* 18 (1967), S. 482–493. Alexander Brakel hat für die ehemalige Woiwodschaft Nowogródek einen ähnlichen Befund vorgelegt: BRAKEL, *Baranowicz*, S. 20.

<sup>25</sup> Ebd., S. 73.

<sup>26</sup> Hier liegt ein grundsätzlicher Widerspruch zur späteren sowjetischen Volkszählung vor, da diese für die BSSR insgesamt Weißrussisch als Muttersprache bei weit über zwei Drittel sieht – das galt auch für den östlichen Teil der vormaligen Woiwodschaft Białystok. Siehe: *Belorussy*, hg. v. VASILIJ BONDARČIK, Moskva 1998, S. 29 ff.

<sup>27</sup> Yad Vashem Archiv, Jerusalem (YVA) VT-1743, Bl. 4.

eine pragmatische Lösung, zumal diese auch von den Lehrern beherrscht wurde.

Eine Kernursache für die schizophrene Situation einer systematischen Institutionalisierung und gleichzeitig erfolgenden Marginalisierung der weißrussischen Sprache lag darin, dass die sowjetische Übernahme Grodnos bereits 1939 weitgehend auf Russisch verlaufen war.<sup>28</sup> Es handelte sich um die gemeinsame Sprache der Kader aus verschiedenen Teilen der Sowjetunion, und auch im Osten der BSSR war Russisch im Zuge der 1930er Jahre zur dominierenden Sprache der Kommunistischen Partei geworden. Die Einführung der Titular-Sprache in den öffentlichen Raum hatte daher für die sowjetische Führung eine legitimierende Funktion für die Übernahme dieser Gebiete. Sie war Sache der Propagandaabteilung, aber nicht Kernanliegen sowjetischer Politik. Selbst wenn es Priorität gewesen wäre, die Literatursprache zu verbreiten, hätten die sprachlichen Gewohnheiten der Bevölkerung diesem Vorhaben in der Stadt einen Riegel vorgeschoben, denn hier sprach selbst nach der sowjetischen Übernahme nur eine kleine Minderheit Weißrussisch.<sup>29</sup> Im Gegenzug verursachte die ungewohnte Präsenz des Weißrussischen im öffentlichen Raum Verwunderung bei Teilen der Bevölkerung, die nun, wie die Erinnerungen jüdischer und katholischer Schüler zeigen, oft gezwungen wurde, die Sprache zu lernen.<sup>30</sup> Während ältere Bürger Russisch selbstverständlich noch verstanden und viele auch noch aktiv beherrschten, war die Sprache nach 20 Jahren polnischer Herrschaft für die meisten jüngeren Bewohner aus katholischen und jüdischen Familien fremder als die weißrussische Mundart der Umgebung.

Trotz allem wurden in Grodno mehr Kinder in weißrussischer Sprache unterrichtet als je zuvor. Während dies eine Förderung durch die Vermittlung von sozialistischen Inhalten war, die man als „affirmative action“ beschreiben kann,<sup>31</sup> hatte Russisch einen klaren strukturellen Vorteil. Da das gesamte sowjetische Schulsystem in den neuen Westgebieten der BSSR eingeführt wurde, galt Russisch in den Städten von Anfang an als Sprache des sozialen Fortkommens.<sup>32</sup> Das übliche Argument, welches selbst weißrussischsprachige Eltern dazu bewog, ihre Kinder in Schulen russischer Unterrichtssprache zu geben, war der soziale Aufstieg, den das sowjetische

---

<sup>28</sup> ZAHAR ŠYBEKA, *Narysy Historyi Belarusi*, Minsk 2008, S. 345-348.

<sup>29</sup> CHASJA BIELICKA, *Mein Leben als Partisanin*, München 2008, S. 77.

<sup>30</sup> Gespräch mit Chasja Bielicka, geführt auf Polnisch am 29. November 2004 in Lehavot Habashan. Gespräch mit Hirsz Chossid, geführt auf Polnisch am 17.9.2005 in Grodno. Gespräch mit Aleksandr Naumjuk, geführt auf Russisch am 14.6.2005 in Grodno.

<sup>31</sup> TERRY MARTIN, *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*, Cornell 2001.

<sup>32</sup> BRAKEL, Baranowicze, S. 77.

System all denjenigen versprach, die sich an seine Regeln hielten. Konkret waren für die Eltern die Chancen auf einen möglichst guten Ausbildungsplatz relevant. Dieser war in der Selbstwahrnehmung im Westen ähnlich wie im Osten der BSSR eng an das perfekte Beherrschen der Sprache von Verwaltung, Wissenschaft und Industrie geknüpft. Es ist im Nachhinein nicht zu überprüfen, wie stark diese Haltung aus einer bereits erfolgten Übernahme sowjetischer Muster resultierte. Auffällig ist jedoch, dass damit auch ein Rückgriff auf die Situation vor 1914 stattfand, als Russisch die dominierende Sprache in Verwaltung und Wirtschaft war.

Aufgrund der für alle Beteiligten unerwarteten und unübersichtlichen Situation waren die Schüler vor allem damit beschäftigt, innerhalb kürzester Zeit mit Russisch bzw. Weißrussisch mindestens eine, oft aber sogar zwei Fremdsprachen zu erlernen. Die Umstellung auf Weißrussisch erwies sich als besonders schwierig.<sup>33</sup> Unterdessen sprachen die meisten jüdischen Kinder untereinander wie auch zuhause meist Jiddisch. Hebräisch war hingegen als reaktionär, bourgeois und nationalistisch verpönt und in den Schulen verboten. Die gemeinsame Sprache mit ihren christlichen Mitschülern war daher weiterhin Polnisch, im Umgang mit den Kindern der sowjetischen Kader aber zunehmend auch Russisch.<sup>34</sup>

Die Notizen einer Grodnoer Bibliothekarin zeigen im Januar 1940 folgendes Bild: Unter den Nutzern der Stadtbibliothek waren nach ihrer Zählung 1.118 Polen, 911 Juden, 295 Weißrussen und 176 Russen, wobei aus ihren Aufzeichnungen allerdings nicht hervorgeht, wie diese Zahl ermittelt wurde. Die Aufstellung zeigt aber, dass Nationalität inzwischen zu einer festen Kategorie der Wirklichkeitserfassung im Alltag der sowjetischen Stadt geworden war – zuvor hatte die Bibliothekarin allein die Sprache der Bücher vermerkt.<sup>35</sup> Ausgeliehen wurden im Januar 1.717 Bücher in polnischer, 295 in jiddischer und hebräischer, 580 in russischer sowie vier in weißrussischer Sprache. Im Februar veränderten sich die Zahlen nur leicht. Es wurden 1.279 polnische, 517 jiddische bzw. hebräische, 483 russische und zehn weißrussische Bücher ausgeliehen. Diese Zahlen belegen zunächst, dass es sich um eine multilinguale Stadt handelte, in der Russisch, aber insbesondere Weißrussisch, unter der Bevölkerung längst

---

<sup>33</sup> Staatsarchiv des Gebiets Grodno (GAGO) 6195/1/410, Bl. 315.

<sup>34</sup> Gespräch mit Chasja Bielicka, geführt auf Polnisch am 29.11.2004 in Lehavot Hashanah. Gespräch mit Bronia Klebański, geführt auf Polnisch am 14.12.2004 in Jerusalem.

<sup>35</sup> Auf die Glaubwürdigkeit des Dokuments weisen vor allem die Übereinstimmungen mit anderen Quellen über die Verfolgung polnischer Familien während der deutschen Besatzung sowie das minutiöse Nachzeichnen der Vernichtung der jüdischen Einwohner Grodnos hin. Die handschriftlichen Notizen, die Bohdan Horbaczewski vor Ort zufällig gefunden hat, sind insofern wichtig, als sowjetische Quellen oft geschönt sind und die Sicht der Bevölkerung zumeist antizipieren bzw. ausklammern.

nicht den Status innehatten, der ihnen von der Führung der BSSR zugeschrieben wurde. Deutlich wird zudem, dass weiterhin Bücher in polnischer Sprache bevorzugt wurden. Die geringe Anzahl entliehener weißrussischer Bücher kann zwar auch mit der wahrscheinlich schwachen Präsenz weißrussischer Literatur in der Bibliothek erklärt werden, sie deckt sich aber unabhängig davon mit der Beobachtung, dass Weißrussisch als Literatursprache weder in der Vorkriegsstadt noch unter sowjetischer Herrschaft eine bemerkenswerte Rolle spielte.

Somit lässt sich die Übernahme Grodnos in sprachlicher Hinsicht eher als Russifizierung beschreiben, wenn auch deutlich wurde, dass die linguistische Wirklichkeit der verschiedenen Gruppen in Abhängigkeit von der jeweiligen Situation weiterhin komplex war und aufgrund der Quellenlage schwer zu rekonstruieren ist. So blieb Weißrussisch vor allem zu offiziellen Anlässen, auf Spruchbändern und in bestimmten öffentlichen Dokumenten präsent – schließlich handelte es sich formal um die weißrussische und nicht in eine weitere russische Sowjetrepublik. Aufgrund der negativen Einstellung weiter Teile der Stadtbewohner gegenüber dem neuen Regime konnte auch der Einsatz von Weißrussisch sprechenden Sowjetkadern nicht von Erfolg gekrönt sein.<sup>36</sup>

Die äußeren Bemühungen um eine oberflächliche Weißrussifizierung waren beschränkt auf die Präsenz von roten Transparenten sowie Leinwandstickmustern auf öffentlichen Plätzen, in Schulen und Betrieben. Die damit einhergehende öffentliche Inszenierung von Weißrussizität diente allein der Legitimierung sowjetischer Herrschaft, denn selbst die parteiinterne Öffentlichkeit war auf Gebiets- und Kreisebene oft nur zum Schmuck von weißrussischen Kadern geprägt.<sup>37</sup> Zwar wurden Zeitungen und offizielle Bekanntmachungen auf Weißrussisch veröffentlicht, aber das Gros der internen Dokumentation der Jahre 1939 bis 1941 auf Russisch verfasst und zumeist lediglich mit Briefköpfen und Stempeln in weißrussischer Sprache versehen.<sup>38</sup> In diesem Sinne war die staatlich geschaffene Anreizstruktur für die lokale Bevölkerung in den neuen Westgebieten der BSSR so beschaffen, dass Russisch bereits von 1939 an als Sprache deutlich attraktiver war. Die linguistische Konstellation der Zwischenkriegszeit wirkte zudem noch deutlich nach.

---

<sup>36</sup> MICHAŁ GNATOWSKI, W radzieckich okowach. O agresji 17 września 1939 roku i radzieckiej polityce w regionie łomżyńskim w latach 1939–1941, Łomża 1997, S. 119–121.

<sup>37</sup> Alexander Brakel führt für Baranowicze einen identischen Befund an: BRAKEL, Baranowicze, S. 77.

<sup>38</sup> GAOOGO 2/1/2; GAGO 1171c.

## Die deutsche Besatzung Juni 1941 bis Juli 1944

Die Angriffe deutscher Flugzeuge und Panzer am 22. Juni 1941 an der Memel lösten in Grodno Chaos aus.<sup>39</sup> Während ganze Stadtviertel in Flammen standen, gerieten Zivilbevölkerung und Armeeangehörige gleichermaßen in Panik. Die Verheerungen gingen vom Uferbereich aus, wo über die dort befindlichen Kasernenanlagen hinaus ein ganzes Stadtviertel zerstört wurde.<sup>40</sup> In Grodno wurde zunächst eine deutsche Militärverwaltung eingerichtet, nachdem am 23. Juni 1941 der Widerstand der verbliebenen sowjetischen Soldaten gebrochen worden war. Bereits in den ersten Wochen deutscher Herrschaft kam es in Grodno zur Erschießung von mehreren Dutzend Juden durch das Einsatzkommando 9 der Einsatzgruppe B.<sup>41</sup> Schon am 30. Juni hatten Himmler und Heydrich Grodno persönlich inspiziert und die mangelnde Präsenz der Einsatzgruppe kritisiert.<sup>42</sup>

So wie die Morde an ausgewählten jüdischen Personen im Gefängnis direkt am Marktplatz und in den Festungsanlagen am Stadtrand durchgeführt wurden, war das tödliche Kalkül des deutschen Feldzuges auch im Fall der sowjetischen Kriegsgefangenen für alle Bewohner Grodnos sichtbar. Mehrere Tausend Kriegsgefangene fanden bereits im Herbst 1941 in Lagern in den ehemaligen Festungsanlagen von Foliusz und Kułbaki den Tod. Das größte Stalag lag am Stadtrand Grodnos, in der Nähe des Dorfes Kielbasino.<sup>43</sup> Die Bedingungen waren so verheerend, dass hier spätestens im Winter täglich bis zu Hundert Kriegsgefangene den Hunger-, Ruhr- oder Typhustod fanden.<sup>44</sup> Auch wenn unter den Opfern nur vereinzelt Bewohner Grodnos waren, brachte der Anblick von Dutzenden Leichen, die täglich auf dem städtischen Soldatenfriedhof aus dem Ersten Weltkrieg beigesetzt wurden, das Ausmaß an Brutalität deutscher Herrschaft für alle Bewohner zum Ausdruck.<sup>45</sup>

---

<sup>39</sup> ALEXANDRE BLUMSTEIN, *A Little House on Mount Carmel*, London 2002, S. 41 f.

<sup>40</sup> Wokół Jedwabnego, hg. v. PAWEŁ MACHCEWICZ / KRZYSZTOF PERSAKA, 2 Bde., Warszawa 2002, Bd. 2, S. 347.

<sup>41</sup> CHRISTIAN GERLACH, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944*, Hamburg 1998, S. 538.

<sup>42</sup> Ebd., S. 137.

<sup>43</sup> Ebd., S. 378.

<sup>44</sup> Die sowjetische Kommission zur Feststellung der Verbrechen der deutschen Besatzer ermittelte 1945 anhand von Zeugenaussagen und von groben Schätzungen über Ausmaß und Anzahl der vorgefundenen Massengräber etwa 14.000 Leichen: GAGO 6126/6/25, Bl. 1-14. Siehe dazu auch: GERLACH, *Morde*, S. 829; ALEX J. KAY, *Exploitation, Resettlement, Mass Murder. Political and Economic Planning for German Occupation Policy in the Soviet Union, 1940-1941*, Oxford 2006, S. 76, 159.

<sup>45</sup> BLUMSTEIN, *A Little House*, S. 128 f.

### Die flächendeckende Erfassung der Bevölkerung durch die deutsche Zivilverwaltung

Bei der deutschen Besatzung Grodnos spielte wie anderswo im Streifen zwischen polnischem und russischem Kernland die Grundannahme der Existenz interethnischer Spannungen eine besondere Rolle. Die Strategie der deutschen Besatzer sah nicht nur lokale Ausschreitungen gegenüber Bolschewiki und Juden vor, sondern auch die Möglichkeit, bestehende nationale Rivalitäten zu eigenen Gunsten zu verstärken.<sup>46</sup> Entsprechend wies die Heeresführung in den „Richtlinien für das Verhalten der Truppe“ die Soldaten vor Ort an, die Bevölkerung der Sowjetunion auf keinen Fall als Gesamtheit zu behandeln.<sup>47</sup> Um die sowjetische Gesellschaft als ganzes zu schwächen, war vorgesehen, einzelne Bevölkerungsgruppen zu bevorzugen und später zwischen Polen und Russland gesonderte staatliche Verwaltungseinheiten zu erreichen. Das Wissen über lokale Zusammenhänge bei den höchsten deutschen Planungsinstanzen ging so weit, dass vorgeschlagen wurde, dabei die Termini Großrussen, Kleinrussen und Weißrussen zu vermeiden. Stattdessen sollten in der deutschen Propaganda Russen, Ukrainer und Weißruthenen angesprochen werden. Außerdem sei nicht ein russisches Volk, sondern die Völker der Sowjetunion anzusprechen und der Begriff Nationalitäten durch Völker, Volksgruppen oder Volksstämme zu ersetzen.<sup>48</sup>

Diese Vorschläge, die auch im Bezirk Białystok Berücksichtigung fanden, zeigen, dass die deutsche Seite die sowjetische Nationalitätenpolitik genau analysiert und Schlussfolgerungen für die eigene Besatzungsstrategie gezogen hatte. Um aber selbst Nutzen aus diesem Wissen zu ziehen, mussten sich die Besatzer vor Ort selbst ein Bild von der Zusammensetzung der Bevölkerung machen können. Da in den seltensten Fällen eine eigene Erfassung möglich war, dienten Hilfsmittel wie die von der Publikationsstelle Berlin-Dahlem herausgegebene Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens als Schnellüberblick.<sup>49</sup>

---

<sup>46</sup> BABETTE QUINKERT, *Propaganda und Terror in Weißrussland 1941–1944. Die deutsche „geistige“ Kriegsführung gegen Zivilbevölkerung und Partisanen*, Paderborn u. a. 2009, S. 57 ff.

<sup>47</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg (BAMA) RW 4/524, 13 ff., zitiert nach QUINKERT, *Propaganda*, S. 68.

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> *Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens*, hg. v. JOHANNES PAPRITZ / WOLFGANG KOHTE, Berlin 1942, S. 26 f. und S. 70–73. Zur Beteiligung deutscher Forscher an der Vorbereitung des Feldzugs gegen die Sowjetunion siehe weiterhin: MARKUS LENIGER, *Nationalistische „Volkstumsarbeit“ und Umsiedlungspolitik 1933–1945*, Berlin 2006, S. 14.

Durch ihre Quellenbasis wurde das von polnischen und sowjetischen staatlichen Stellen perforierte Wissen über die Bevölkerung nun zur Grundlage der deutschen Rezeption der Region. Die Schemata, in der diese vor Ort durch deutsche Soldaten und Beamte wahrgenommen werden konnten, waren also dank der Transferleistung deutscher Forscher durch die sowjetische bzw. respektive die polnische Erfassung der Bevölkerung mit ihrer entsprechenden Kategorisierung vorgeprägt.<sup>50</sup>

Das Orientierungsbedürfnis der deutschen Besatzer war im Bezirk Bialystok so groß, dass dort noch 1941 mit der aufwändigen Registrierung aller Bewohner begonnen wurde. Ziel war die staatliche Erfassung und die Ausgabe eines offiziellen Personaldokuments mit einer Reihe von relevanten Angaben. Während man in der Polnischen Republik in Städten nur auf eigene Initiative einen Personalausweis beantragen konnte, und die sowjetische Erfassung nur für Städte und den Grenzstreifen vorgesehen war, wurde nun ein flächendeckender Zwang eingeführt und auch auf die umliegenden Dörfer übertragen. Nach der sowjetischen Erfassung wurde erneut eine eindeutige nationale Zuordnung vorgenommen. Für das Ausfüllen der Personalausweise war folgende Kategorisierung vorgesehen: a) Volkszugehörigkeit, b) Glaubensbekenntnis, c) Staatsangehörigkeit am 1.9.1939, d) Muttersprache, e) Militärische Ausbildung, f) Lichtbild, g) Gültigkeitsdauer.<sup>51</sup> Dabei fällt auf, dass in dieser Aufschlüsselung jüdische Bezüge bereits vollständig fehlen. Eine Ausgabe dieser Dokumente an die jüdische Bevölkerung war nicht vorgesehen.

Die Aufschlüsselung vereinte zwar mit Sprache, Ethnizität, Religion und Staatsangehörigkeit vier wichtige und prinzipiell variable Ebenen von Identität, ließ aber nur die Möglichkeit, je eine eindeutige Zuordnung zu tätigen. Auch wenn Volkszugehörigkeit damit nicht explizit als „Nationalität“ beschrieben wurde, implizierte das Vorgehen, dass man nur einem Volk angehören könne. Gleiches galt für die Muttersprache. Die Erfassten sprachen demnach per se nur eine Sprache. Die Kategorien e) bis g) lassen keinen Zweifel, dass es sich bei der Registrierung um ein Herrschaftsinstrument handelte, dass zur „Befriedung“ der Region diene. Dies wird auch durch den Zeitpunkt der Ausgabe der Kennkarten bestätigt. Die Anweisung zur Erfassung der Bevölkerung ging im Juli 1942 an die deut-

---

<sup>50</sup> Dabei ist anzunehmen, dass je nach Alter auch das allgemeine in den 1920er und 1930er Jahren von NSDAP und SA geprägte Weltbild der vor Ort tätigen Kader eine Rolle spielte. Zu dessen Genese siehe: CLAUDIA KOONZ, *The Nazi Conscience*, Cambridge / London 2003.

<sup>51</sup> GAGO 1/1/65, Bl. 1-39.

schen Dienststellen – zu dem Zeitpunkt, da die sogenannte Bandenbekämpfung Priorität für Wehrmacht und Gestapo im Bezirk Bialystok erlangte.<sup>52</sup>

Die Kombination einer Vielzahl deskriptiver Kategorien mit einer relativ starken Individualisierung durch ein Passfoto und eine eingeschränkte Gültigkeitsdauer, die das regelmäßige Erscheinen auf einem Amt erforderte, stellte in Grodno und Umgebung selbst nach der vorangegangenen sowjetischen Erfassung ein Novum dar. Eine Neuerung technischer Natur war der flächendeckende Einsatz von Passbildern zur Identifizierung der jeweiligen Person. Bei der Bereitstellung von so vielen Fotografien ergab sich in der ländlichen Region eine Reihe von praktischen Problemen.<sup>53</sup> Dennoch waren im Dezember 1942 fast 100.000 von rund 120.000 im Kreis Grodno zu registrierenden Bewohnern über 14 Jahren erfasst worden. Über 100.000 Fotografien waren zu diesem Zeitpunkt angefertigt worden, allerdings erst knapp 33.400 Ausweise ausgegeben.<sup>54</sup> Zu den von der deutschen Zivilverwaltung eingeführten Sicherheitsvorkehrungen gehörten unter anderem unterschiedlich kolorierte Kartonagen für Männer und Frauen. Dennoch imitierten bereits im Winter 1942/43 kleine Fälscherwerkstätten die Ausweise für konspirative Zwecke im Untergrund.

Die Flächenwirkung der eindeutigen Zuordnung für die Selbstwahrnehmung der Betroffenen sollte nicht unterschätzt werden, auch wenn sie im Einzelnen nicht dokumentarisch belegt werden kann. Es zeigte sich erneut, dass zur Durchführung einer solchen Erfassung nicht nur erhebliche administrative Ressourcen notwendig waren, sondern auch der Zugriff auf Dokumente, die in Zweifelsfällen eine Überprüfung zuließen. In Grodno ging es unter deutscher Herrschaft insbesondere um die Nachprüfung von Ansprüchen der lokalen Bevölkerung auf einen Platz auf der sogenannten Volksdeutschen Liste, die über den Status als Volksdeutsche Vorteile während des Krieges versprach. Weiterhin spielten die gerichtliche Klärung von Erbschaftsstreitigkeiten, die polizeiliche Verfolgung von Verstößen gegen deutsche Befehle und die Suche potenzieller Gegner eine Rolle. Dazu wurden sowohl die lokalen Akten des NKVD sichergestellt als auch die Übergabe der Kirchenbücher erzwungen. Zusätzlich sollten Geistliche

---

<sup>52</sup> GAGO 1/1/65, Bl. 1-5. Eine Nachfrage vonseiten des Wehrmacht-Bereichsstandortältesten in Grodno vom 18.1.1943 verweist direkt auf den Zusammenhang: „Auf Grund der bei militärischen Aktionen gemachten Erfahrungen wird die einwandfreie Feststellung von Zivilpersonen immer noch dadurch erheblich erschwert, daß von diesen Kennkarten nicht vorgezeigt werden können. Dieses wirkt sich besonders nachteilig bei den von der Wehrmacht durchzuführenden Aufgaben in der Bandenbekämpfung aus.“ GAGO 1/1/65, Bl. 35.

<sup>53</sup> Ebd., Bl. 35 ff.

<sup>54</sup> Ebd., Bl. 31-34.

Geburten und Sterbefälle an eine zentrale Stelle melden.<sup>55</sup> Das so produzierte Wissen über die Bevölkerungszusammensetzung der Region durch die sowjetischen und die deutschen Besatzer zeigt, dass bei diesen eine erhöhte Sensibilisierung vorlag. Sie beruhte vor allem auf der Einschätzung, dass in der Region ein Gewaltpotenzial gegeben ist. Ebenso hoch war die Sensibilität von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst für die Akten der vor Kriegsbeginn bestehenden jüdischen Selbstverwaltung. Sie wurden eingezogen und zentral zusammengeführt, um die Ausbeutung und Verfolgung der Juden Grodnos besser kontrollieren zu können.<sup>56</sup>

Ethnizität wurde anhand eines Katalogs von Kriterien durch staatliche Stellen überprüft. Diese Feststellung war die Grundlage für eine jeweils exklusive nationale Zuschreibung. Die für Deutsche damit verbundene Verbesserung des rechtlichen Status stand Angehörigen anderer Nationalitäten nicht zur Wahl. Die Zivilverwaltung benötigte von 1941 an viele Volksdeutsche zur Realisierung der Germanisierungsziele. Andererseits war sie gezwungen, in diesem offenkundig „fremden“ Landstrich „die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum“ besonders streng zu überprüfen. In einem im Woiwodschaftsarchiv in Białystok hinterlegten Bestand von Begründungsschreiben der zuständigen Kommission gibt es scheinbar eindeutige Fälle, in denen argumentiert wurde, dass die betreffenden Personen lediglich die Aussiedlungsaktion für ethnische Deutsche im Sommer 1939 verpasst hätten.

Ein weiteres Merkmal der Fixierung von ethnischen Identitäten, das in den Gesuchen zur Berücksichtigung in der Volksdeutschen Liste deutlich wird, ist ihr situativer Gebrauch. Wenn die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe Vorteile verspricht, ist es nur rational von den Betroffenen, diese Zugehörigkeit für sich in Anspruch zu nehmen. Obwohl die deutschen Dienststellen die Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht als Handlungsgrundlage für die Erfassung der Bevölkerung verwendet haben, mussten sie berücksichtigen, dass die Selbstzuschreibung Grundlage ihrer Arbeit war. Zwar konnte eine solche Behauptung der Angehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe scheinbar anhand objektiver Kriterien überprüft werden, da diese jedoch – wie im Fall von Sprache oder Religion – unterschiedlich ausgelegt werden konnten, war es Individuen ebenso gut möglich, je nach Situation unterschiedliche Angaben zur „Volkszugehörigkeit“ zu machen.

---

<sup>55</sup> GAGO 1/1/54, Bl. 59-62.

<sup>56</sup> Documents concerning the murder of 29.000 Jews of Grodno by the Germans, 1941–1943. Ghetto and Deportations to Death Camps. Cologne and Bielefeld Trials, 6 Bde., hg. v. BEATE und SERGE KLARFELD, New York 1987–1992, Bd. 6, S. 247.

Diese Beobachtung lässt sich für das Generalkommissariat Weißruthenien bestätigen. Alexander Brakel konnte für den Kreis Baranowicze mehrere Gesuche finden, in denen bisher als Polen registrierte Einwohner in ähnlichen Schreiben wie den oben zitierten argumentieren, warum sie doch „eigentlich Weißrussen“ bzw. „Weißruthenen“ seien.<sup>57</sup> Brakel stellte fest, dass es ein Widerspruch sei, dass diese Schreiben auf Polnisch oder Russisch verfasst waren. Aber erstens deckt sich dies mit der geringen Verbreitung von Weißrussisch als normierter Hochsprache. Und zweitens bestätigt dieses Vorgehen nur den situativen Gebrauch von Ethnizität für eine nationale Selbstzuschreibung, die den Betroffenen in der gegebenen Kriegssituation Vorteile für das Überleben verschaffen könnte. Ob und wie stark die nationale Identität der einzelnen Person oder ganzer Gruppen ausgeprägt war, ist daher letztlich nicht genau festzustellen.

### Im Schatten des Holocaust: Alltag jenseits der Ghettos

Die jüdischen Einwohner Grodnos waren seit Beginn der deutschen Okkupation wachsender Diskriminierung ausgesetzt und vom 1. November 1941 an in zwei Ghettos im Stadtzentrum interniert. Ab dem 1. November 1942 erfolgte eine Verschärfung der Bedingungen und bis zum März 1943 die schrittweise Auflösung der Ghettos, die von Deportationen nach Kielbasino, Auschwitz und Treblinka begleitet war. Während der Völkermord in vollem Gange war, lebte die christliche Bevölkerung Grodnos in einer Parallelwelt, die zunächst eine relative Normalität und eine weitgehende Kooperation mit den Besatzern kennzeichnete. Der Alltag in den aus Sicht der Ghettos „arische Seite“ benannten Stadtteilen war geprägt von harter Arbeit und Lebensmittelknappheit. Die Zivilverwaltung konzentrierte sich zunächst auf materielle Fragen und zog zur Disziplinierung der Bevölkerung gegebenenfalls den Polizeiapparat heran. Darüber hinaus wurden von 20 Schulen im Laufe der deutschen Besatzung neun zerstört, keine einzige war am Ende des Krieges noch in Benutzung.<sup>58</sup> Die bereits zuvor sowjetisierten Museen, Bibliotheken, Theater und Kinos wurden entweder geschlossen oder allein zu Unterhaltungszwecken der Deutschen bzw. zur Propagierung nationalsozialistischer Inhalte genutzt.<sup>59</sup> Die sowjetischen Bestände der Bibliotheken wurden verbrannt, wichtige Kulturgüter aus den

---

<sup>57</sup> BRAKEL, Baranowicze, S. 142

<sup>58</sup> GAOOGO 2/1/5, Bl. 1 f.

<sup>59</sup> GAGO 1/1/54, Bl. 259; Gespräch mit Bohdan Horbaczewski, geführt auf Polnisch am 19.6.2006 in Thorn.

Bücherbeständen des Museums abtransportiert.<sup>60</sup> Die Bernhardinerkirche brannte aus, das Kloster der Bernhardinerinnen war nach Kriegsende weitgehend zerstört und das Dach der Garnisonskirche wurde bei einem Bombenangriff stark beschädigt. Da die Schulen für längere Zeit geschlossen blieben, war es möglich, auch Kinder zur Arbeit heranzuziehen.

Urbanität bestand für die Mehrzahl der Bewohner nun lediglich noch im Schwarzmarkt, der aufgrund des eingeschränkten und auf die Bedürfnisse des deutschen Militärs ausgerichteten Handels überlebenswichtig war. Eine städtische Öffentlichkeit existierte nur in einer fortwährend angeheizten Gerüchteküche, worin sich die Stadt kaum vom Dorf unterschied. Anders als auf dem Land jedoch, wo es Rückzugsmöglichkeiten wie Wälder und Moore gab, war die Stadt aufgrund ihrer Verdichtung von Wohnraum und der konzentrierten Präsenz von Polizei- und Armeeeinheiten ein stärker überwachter Raum, der ein höheres Maß an sozialer Kontrolle aufwies.<sup>61</sup> Sowohl auf dem Dorf als auch in der Stadt wurde die Familie zum Nukleus sozialen Rückhalts. Die meisten verbliebenen christlichen Bewohner Grodnos zogen sich in ihre Wohnungen und Häuser zurück und beschränkten sich darauf, die Ernährung ihrer Familien zu sichern.

Betrachtet man die Phasen verschärfter Repression in den Ghettos und außerhalb als einen sich gegenseitig bedingenden Prozess, fällt auf, dass Formen vereinzelter Widerstands außerhalb der Ghettos von deutscher Seite wie in anderen besetzten Gebieten Polens mit brachialen Kollektivstrafen geahndet wurden.<sup>62</sup> Dem ging eine zunehmende Ablehnung der deutschen Besatzer seitens der christlichen Bevölkerung voraus, die allerdings zunächst nicht zu ausgedehnten Kampfhandlungen im Untergrund führte.<sup>63</sup> Grodno war dabei eher Transitstadt als Austragungsort von Kämpfen.<sup>64</sup> Die wahrscheinlich von einer der Unterorganisationen der Heimatarmee verübten Sabotageakte und kleineren Übergriffe auf deutsche Militärkonvois und Versorgungsüberfälle auf die lokale Bevölkerung nahmen zwar

---

<sup>60</sup> Grodno, hg. v. IVAN P. KRÈN', Grodno 1988, S. 543.

<sup>61</sup> BERNHARD CHIARI, Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrussland, 1941–1944, Düsseldorf 1998, S. 153–159.

<sup>62</sup> RALF MEINDL, Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007, S. 308.

<sup>63</sup> Der Untergrund war entweder innerhalb kommunistischer oder Strukturen der Heimatarmee organisiert. IVAN P. KRÈN' u. a., Pamjac', Minsk 2004, S. 396–407.

<sup>64</sup> Zu diesem Schluss kommen selbst stark national geprägte Berichte über das Wirken der Heimatarmee. CEZARY CHLEBOWSKI, Wachlarz. Monografia wydzielonej organizacji dywersyjnej Armii Krajowej wrzesień 1941 – marzec 1943, Warszawa 1983, S. 133–138; JANUSZ SZCZEŚNIAK, Jeszcze parę słów o zagładzie IV Odcinka „Wachlarza“, in: Wojskowy Przegląd historyczny 3–4 (1993), S. 656–661.

zu, betrafen aber vor allem weiter entfernte Orte.<sup>65</sup> Die Situation der christlichen Einwohner der gesamten Region verschlechterte sich spürbar ab dem Spätsommer 1942. Hierbei ist besonders die zeitliche Nähe zur folgenden Liquidierung des Ghettos Nr. 2 und der damit in seine entscheidende Phase gehende Massenmord an den Juden bemerkenswert.<sup>66</sup> So wurden nach dem Anschlag auf einen Vertreter des deutschen Besatzungsapparates 100 Angehörige der Intelligenz verhaftet. Am 20. Oktober 1942 wurden mindestens 25 dieser Geiseln am Stadtrand erschossen. Darunter waren fast ausschließlich prominente katholische Bürger, die nicht Opfer der sowjetischen Repressionen geworden waren oder diese unversehrt überstanden hatten.<sup>67</sup>

Mit dem wachsenden Widerstand durch verschiedene dezentral agierende Formationen verschärften sich im Laufe des Jahres 1943 parallel zur endgültigen Liquidation des Ghettos Nr. 1 auch die Maßnahmen der sogenannten Bandenbekämpfung, für die ein eigenes Referat beim Kommando der Sicherheitspolizei in Białystok zuständig war, das auch die Morde an Juden in kleineren Siedlungen organisierte. Obwohl vom „Bandenkampf“ weite Teile der christlichen Landbevölkerung betroffen waren, spitzte sich mit der zunehmenden Aktivität von verschiedenen Partisanenverbänden im Südosten von Grodno auch die Situation in der Stadt zu. Im Juli 1943 folgte eine zweite Massenhinrichtung in den Festungsanlagen. Lehrer, Richter, ein vormaliger Bürgermeister, der Leiter des Arbeitsamtes, Priester, Ärzte sowie weitere Beamte wurden als Vertreter der polnischen Nation ermordet, wobei ähnlich wie bei den sowjetischen Deportationen zuvor vor allem soziale Kriterien ausschlaggebend für die Geiselnahme waren.

Damit ergänzen sich die Vergehen mit der zuvor von September 1939 bis Juni 1941 von sowjetischer Seite verfolgten Strategie der Vernichtung jener Träger von Wissen, Kultur und Ideen, die letztlich die verbliebene Intelligenz der Stadt ausmachten. Beide Massenhinrichtungen von deutscher Seite haben sich, obwohl sie in den Festungsanlagen vor den Toren der Stadt vorgenommen wurden, besonders in das Gedächtnis der christlichen Bevölkerung eingebrannt, da zuvor auf Bekanntmachungen die Geiselhaft zur Abschreckung und Propagierung des Prinzips kollektiver Haftung

---

<sup>65</sup> GAGO 12/1/5, Bl. 1-18.

<sup>66</sup> Damit lässt sich argumentieren, dass es nicht nur eine allgemeine strukturelle Ähnlichkeit der deutschen Besatzungspolitik gegenüber Juden und Slawen gab, sondern dass sie sich auch in enger zeitlicher Abfolge verschärfte. Siehe dazu: MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 318.

<sup>67</sup> Aufstellung der Opfer durch Bohdan Horbaczewski auf Grundlage der Unterlagen seines Vaters: KLARSFELD, Documents, Bd. 2, S. 323; YVA JM/10645.

öffentlich gemacht worden war.<sup>68</sup> Der Unterschied der kollektiven Hinrichtung vom Juli 1943 zur vorangegangenen vom Oktober 1942 lag darin, dass später auch alle Angehörigen erschossen wurden, die bei der Verhaftung am 15. Juli 1943 aufgefunden worden waren. Damit wurden in Grodno zum ersten Mal auch außerhalb der Ghettos Frauen und Kinder systematisch ermordet.<sup>69</sup> In der Chronologie liegt zwischen der ersten kollektiven Hinrichtung von Vertretern der polnischen Intelligenz und der zweiten, die auch Frauen und Kinder traf, die Deportation von über 20.000 jüdischen Einwohnern und der folgende Mord an Frauen, Männern, Alten und Kindern.<sup>70</sup>

Die Folgen des deutschen und sowjetischen Besatzungsalltags im Vergleich

Für die Konflikte zwischen Okkupationsmacht und Bevölkerung waren vor allem die Fremdheit der Besatzer, ihre mangelnden Kenntnisse über die Gegebenheiten vor Ort und die mangelnde Bereitschaft selbst Anpassungsleistungen vorzunehmen zentral – weniger jedoch nationale Kategorien. Die zunächst verbal vorgenommene Gründung einer Stadt namens „Garten“ belegte zwar die Intention einer Germanisierung des Bezirks Białystok, aber in der Praxis wurde schnell deutlich, dass es sich eher um eine rhetorische Figur handelte, die die geplante Eingliederung in das Reich legitimieren sollte, jedoch keine Bedeutung für den Alltag hatte. Ein sowjetisches Grodno nahm zwar deshalb schneller Kontur an, weil es formell an die BSSR angeschlossen werden konnte und die Rhetorik bezüglich eines Westweißrusslands, das nun endlich mit dem Osten weißrussischer Siedlungsgebiete wiedervereint sei, hatte mehr Realitätsgehalt, da die Grodno umgebenden Dörfer eine starke russisch-orthodoxe Bauernschaft aufwiesen und als weißrussisch angesehen werden konnten.

In Städten wie Grodno war das Wiedervereinigungsprojekt bis 1941 von einer Vielzahl gravierender Widersprüche geprägt, die ein Konfliktpotenzial schufen, das zum Teil erst nach 1941 aufbrach. Im Alltag standen eine de jure-Bevorzugung der erst 20 Jahre zuvor kodifizierten und in der Zwi-

---

<sup>68</sup> KLARSELD, Documents, Bd. 1, S. 461, S. 481-483, Bd. 2, S. 317-349.

<sup>69</sup> Die Listen wurden von Geiseln erstellt, die selbst überlebt hatten, und nach dem Krieg mit weiteren Quellen abgeglichen: Privataarchiw Bohdan Horbaczewski, Thorn; YVA JM/10645.

<sup>70</sup> Um eine kausale innere Verknüpfung der augenfälligen Radikalisierung aufseiten der deutschen Besatzer im Spannungsfeld zwischen Holocaust und Repressionen gegenüber der christlichen Bevölkerung zu belegen, fehlen für Grodno entsprechende Dokumente. Es wäre aber eine wichtige Forschungsaufgabe, dies für andere Städte der Region, in denen die Aktenlage für die Verfolgung von Juden und Christen gleichermaßen gut ist, nachzuprüfen.

schenzeit veränderten Norm der weißrussischen Sprache und die de facto von Seiten der sowjetischen Kader geschaffene Dominanz der russischen Sprache den Gewohnheiten und Fähigkeiten der Bewohner gegenüber, die allerdings in vielen Fällen mehrere Sprachen beherrschten. Die Alten konnten Russisch noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Die Jungen lernten in den neuen Schulen schnell zumindest eine der beiden Sprachen. Ein großer Teil der Bevölkerung war aber einer fremden Sprache und mit ihr auch fremden Regeln und Ritualen ausgesetzt.<sup>71</sup>

Die Zerstörung städtischer Institutionen und damit der vor 1939 bestehenden Urbanität Grodnos war ein Prozess, in dem sich sowjetische und deutsche Maßnahmen durch ihre zeitliche Abfolge gegenseitig verstärkten. Zwar war die bis 1941 erfolgte sowjetische Gleichschaltung der jüdisch-christlichen Stadtgesellschaft, mit der eine Vielzahl von politischen, kulturellen, religiösen und ökonomischen Differenzen aus der Öffentlichkeit verbannt wurde, auch von der Schaffung sowjetischer Herrschafts-, Wirtschafts-, Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen begleitet, die eine Partizipation der Bewohner nicht ausschloss. Aber die zeitlich versetzte Zerstörung von Institutionen wie etwa der Selbstverwaltung der jüdischen Gemeinde, war unter deutscher Herrschaft um so schmerzlicher zu spüren, als nun das Maß an Organisation und Vernetzung eine Frage von Leben und Tod wurde. Für die nach 1944 erneut einsetzende Sowjetisierung schuf wiederum die zuvor von deutscher Seite vollzogene Nivellierung der kulturellen Landschaft neue Bedingungen für eine langfristige Aneignung, da das Maß an Fremdheit nicht mehr so stark zum Tragen kam, nachdem zwei Drittel der Einwohner verschwunden waren. So legitimierte die „Befreiung vom Hitlerfaschismus“ die sowjetische Präsenz nun in anderer Weise als während der Besatzung im September 1939.

Die zentralen Folgen des Zweiten Weltkriegs für Grodno resultierten neben der physischen Zerstörung städtischer Kultur vor allem aus dem Mord an fast allen jüdischen Einwohnern der Stadt und später in der Aussiedlung großer Teile derjenigen Bürger der Zweiten Republik, die Polen oder Juden waren. In diesen Vorgängen ist auch ein Hauptunterschied der Besatzungsstrategien zu erkennen: Das deutsche Beharren auf rassisch-biologischen Kategorien rechtfertigte in seiner sozialdarwinistischen Ausprägung aus Sicht der Täter den Tod ganzer ethnisch definierter Bevölkerungsgruppen, während die sowjetische Seite zunächst vor allem nach sozialen Kriterien vorging, um doch die Verschiebung ganzer Bevölkerungsgruppen in Kauf zu nehmen, die viele Opfer forderte, allerdings nicht den sicheren Tod bedeutete. Eine deutliche Parallele beider Besatzungsregime bestand im massenhaften Einsatz von Zwangsarbeit und Zwangs-

---

<sup>71</sup> SZUMSKI, *Sowietyzacja*, S. 259-261.

umsiedlungen als miteinander kombinierte wirtschafts- und ordnungspolitische Maßnahmen. Auch die Zerstörung von Kulturgut seitens der Besatzer geschah Hand in Hand: Die Bestände der städtischen Bibliothek wurden beispielsweise zunächst unter sowjetischen ideologischen Gesichtspunkten auf ein Drittel reduziert und fielen dann deutschen Bücherverbrennungen, der Auslagerung oder Kriegshandlungen zum Opfer.

Beide Staaten griffen auf ethnische Merkmale zurück und legten diese selbst fest. Zwar definierten sie die nationale Kategorie jeweils anders, aber die Konsequenz war ähnlich: Die so erfolgten Zuschreibungen dienten der eigenen Orientierung und wurden in die Personaldokumente fast aller Bewohner der Region uneindeutig eingeschrieben. Obwohl schon zuvor Ausweise ausgegeben worden waren, dienten diese erstens nicht als Passierschein, ohne den man sich nicht an einen anderen Ort begeben durfte; zweitens enthielten sie keine explizite Kategorie der Nationalität bzw. Volkszugehörigkeit. Weitere bürokratische Erfassungsabläufe nahmen auf diese Zuschreibungen Bezug. Im Fall der Aussiedlung polnischer Bürger war entscheidend, welcher Nationalität man angehörte. Die Betroffenen mussten dabei ihre Zugehörigkeit aktiv nachweisen.

Diese Maßnahmen bewirkten eine langfristige Nationalisierung der Kriterien, nach denen die Bevölkerung nun nicht mehr nur statistisch erfasst, sondern nach denen teilweise auch eine differenzierte Behandlung ausgerichtet wurde. Dieser Wandel markierte das Ablösen von religiösen Zuschreibungen, welche in der Zwischenkriegszeit zusammen mit der Muttersprache bei der Erfassung der Bevölkerung noch als Hauptmerkmal zur Unterscheidung verschiedener ethnischer Gruppen diente. Allerdings handelte es sich weniger um ein Verdrängen von Religiosität als wichtigem Merkmal von Ethnizität, sondern um die Übersetzung der Religionszugehörigkeit in eine eindeutige nationale Kategorie. Bei der Erfassung der christlichen Bevölkerung kam es zur Anwendung der stereotypen Zuschreibungen Katholik = Pole und Orthodoxer = (Weiß-)Russe, da diese in der Region aufgrund des geringen Nationalisierungsgrades ethnischer Identitäten weiterhin wirkungsmächtig und andere Merkmale wie Sprache nicht eindeutig genug waren.

Die jeweils unterschiedliche Definition der Kriterien von Nationalität bzw. Volkszugehörigkeit und die spezifische Anwendung in Situationen wie der Verifizierung der Anträge von Volksdeutschen oder aussiedlungswilligen Polen zeigen deutlich, dass es sich um Konstruktionen handelt, die vor allem dem Orientierungsbedürfnis der Besatzer Rechnung trugen. Dieses war notwendig, um die Herrschaft zu sichern und eine möglichst effiziente Ausbeutung der Region zu ermöglichen. Dass diese jeweils auch Ausdruck und Ergebnis ihres ideologischen Grundgerüsts waren, zeigt die von deutscher Seite vorgenommene Hierarchisierung verschiedener Grup-

pen, bei der sich ethnische, nationale und rassische Zuschreibungen überlagerten und die sowjetische Verknüpfung von Nationalität mit einer Kategorie der sozialen Herkunft.

Die so mit Kriegsbeginn verschärfte Zuschreibung von rassistisch-nationalen Kategorien ist nicht gleich zu setzen mit einer automatischen Nationalisierung ethnischer Identitäten. Selbstverständlich muss ein Eintrag im Ausweis ohnehin keine Bedeutung für das Selbstverständnis der Person haben, und ein solcher Zusammenhang lässt sich für die Jahre 1939 bis 1949 aufgrund der vorliegenden Quellenbasis auch nicht nachweisen – dazu liegen zu wenige Selbstzeugnisse aus diesen Jahren vor. Dennoch zeigen die inneren Friktionen der städtischen Gesellschaft in Grodno, dass neben einer Nationalisierung des Blicks von oben auch die gegenseitige Wahrnehmung unter den Einwohnern zunehmend in nationalen Kategorien stattfand. Durch die ab 1941 von Seiten der deutschen Besatzer bewirkte Radikalisierung der innerstädtischen Beziehungen kam es zum partiellen Aufbrechen von Konfliktlinien etwa zwischen Juden und Polen sowie zwischen Polen und Weißrussen.

Diese Linien waren in den 1930er Jahren bereits zunehmend national konnotiert gewesen, erhielten aber eine neue Bedeutung durch die Zäsuren von 1939 und 1941, mit denen jeweils eine andere Gruppe im Vorteil zu sein schien. Es lässt sich nicht widerlegen, dass diese Zuschreibungen noch während des Krieges selbst für die Freisetzung von Gewalt sorgten. Die gegenseitige Ausschließlichkeit der Bezichtigungen zwischen Polen und Juden in Grodno war so stark, dass andere Bewohner der Stadt gar nicht mehr darin vorkamen. Der Konflikt verschärfte noch die Wahrnehmung in nationalen Kategorien, ohne freilich die gesamte Stadt entlang eines jüdisch-polnischen Gegensatzes zu polarisieren.